

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brabstr. 2-3.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8839. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht von einem Ganzen werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Das schaffende Volk und die Republik.

Die Präsidentenwahl am 29. März wies eine sehr schwache Wahlbeteiligung auf, eine Wahlmüdigkeit, die beweist, wie wenig der Deutsche noch in den politischen Selbstbestimmungsgedanken hineingewachsen ist. Der Deutsche unterscheidet sich von anderen Völkern durch das Gedankliche seines Wesens. Der Deutsche ist philosophisch, idealistisch. Darum war er dem alten Obrigkeitstaate ein so bequemes Werkzeug, und der alte Staat entfernte durch sein Obrigkeitstreiben dieses Gedankliche immer weiter vom Politischen.

So wie aber der gewerkschaftliche Kampf des Proletariats nicht nur ein Kampf um eine Besserung der augenblicklichen Lage ist, sondern zugleich ein grundsätzlicher Kampf gegen den Kapitalismus im Sinne einer neuen Kultur, so bestehen auch enge Zusammenhänge zwischen Politik und Idealismus, und nicht der bringt das idealistische Wesen des Deutschen zum Ausdruck, der träumt und sich von politischen Wahlen fernhält, sondern der, der dieses Wesen durch die politische Tat auch nach außen in die Erscheinung treten läßt.

Das ist die große historische Stunde, die unserem Geschlechte vergönnt ist, dieses innerliche Wesen des Volkes zu verbinden mit dem äußerlichen Sein, dem Innerlichen den politischen Rahmen zu geben, in dem es sich entfalten kann. Jedes Geschlecht hat seine Aufgabe. „Man ist ebenigut Zeitbürger, als man Weltbürger, Staatsbürger, Hausvater ist“, sagte Schiller. Und dieses Zeitbürgertum hat seine besondere Aufgabe zu erfüllen, wenn es sich um bedeutende Geschichtswenden handelt, wie die, in der wir leben.

Unter dem Eindruck solcher Weltenswende stand auch Schiller als Zeitgenosse der französischen Revolution, und wir können auch in jener Zeit den Anfang der Revolutionierung erblicken, die das ganze vergangene Jahrhundert durchzog und heute besonders gewaltig auf allen Gebieten zum Ausdruck kommt. Von solchen weltgeschichtlichen Stunden verlangte Schiller, der Idealist, dieser ausgesprochenen Träger deutschen Wesens, aber, daß der Mensch Partei ergreife und nicht untätig und teilnahmslos abseits stehe. Ein Gesetz des weisen Solon im alten Griechenland verbot es dem Bürger, der bei einem Anstande keine Partei nahm. „Wenn es je einen Fall gegeben hat, auf den dieses Gesetz angewandt werden“, so sagte Schiller hierzu aus, „so scheint es der gegenwärtige zu sein, wo das große Schicksal der Menschheit zur Frage gebracht wird und wo man also, wie es scheint, nicht neutral bleiben kann, ohne sich der strafbarsten Gleichgültigkeit gegen das, was dem Menschen das Heiligste sein muß, schuldig zu machen“. Darum ist die politische Tat eine historisch-politische Forderung. Darum ist die Wahlmüdigkeit Pflichtvergeßlichkeit, gegen das, was dem Menschen das Heiligste sein muß.“

Am 26. April muß deshalb jeder zur Wahlurne schreiten, damit er durch seine Stimmabgabe für die Republik das Wesen seines Volkes zur politischen Wirklichkeit machen und die historische Stunde beschleunigen hilft. Die Republik ist das typische deutsche politische Staatsgebilde. Die Reaktion sucht ja so gern das Wesen des deutschen Volkes mit der Monarchie zu verbinden, der Monarchie, die mit ihrem militäristischen Parademarsch und ihren hölzernen Stammschritten das ausgesprochene Gegenteil des Innerlichen bedeutet. Nur die Republik ist die Staatsform, in der sich Freiheit entfalten kann. Republik kennt nicht ein künstlich aufgesetztes, völkisch-fremdes herrschendes Glied. Republik entwickelt das Beste aus innen heraus, läßt den höchsten Diener des Staates aus dem Volke werden. Du sollst am Tage der Präsidentenwahl zeigen, daß du solch hohen Gedanken der Freiheit würdig bist!

Deutschlands Größe liegt nicht in der Zeit, die vergangen. „Stürzte auch in Kriegeflammen Deutschlands Kaiserreich zusammen: Deutschlands Größe bleibt bestehen!“ so sang Schiller. Weil Deutschlands Größe die Innerlichkeit des Volkes, das Wesen des Volkes bedeutet. Und weil dieses Wesen allein in der Republik zur Entfaltung gelangt, darum bietet die neue werdende republikanische Zeit erst die Möglichkeit, gerade die deutsche Art in ihrer wahren Größe wachsen zu lassen.

Und hierzu ist vor allem das schaffende Volk berufen. Republik ist Leben. Republik ist Regsamkeit. Republik ist

Arbeit. Die Freiheit des schaffenden Volkes war es, die auch in Goethe in Venedig das Gefühl der Ehrfurcht vor der Republik erweckte, das er zum Ausdruck brachte mit den Worten: „Es ist ein großes Werk verjammelter Menschenkraft, ein gerliches Monument, nicht eines Befehlenden, sondern eines Volkes. Und wenn ihre Logen sich ausfüllen, ihr Handel geschwächt wird und ihre Macht gesunken ist, macht mir dies die ganze Anlage der Republik und ihr Wesen nicht um einen Augenblick weniger ehrwürdig“.

Darum hat jeder schaffende Mensch am 26. April zur Wahlurne zu gehen, um nicht nur sein Verleumdung zu solch hohen Gedanken von der Republik abzulegen, sondern um auch den Mann praktisch an die Spitze des republikanischen Staatswesens zu bringen, der auch in seinem ganzen inneren Wesen von diesem republikanischen Gedanken durchdrungen ist, mag er in diesem Falle auch im übrigen einer Partei angehören, der wir sonst fernstehen.

Nicht träumen, sondern durch die Wahl eines republikanischen Präsidenten handeln! Das heißt, im Geiste unserer Dichter und Meister die historische Stunde begreifen, die unserem Geschlechte beschieden ist.

Die politischen Dinge zur Präsidentenwahl haben sich inzwischen so gestaltet, daß die Aktion mit der Nominierung ihres Kandidaten, des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, offen ihre Ziele, Beseitigung der republikanischen Staatsform, zu erkennen gibt. Sie nahm sich einen allen unbefriedigten fast achtzigjährigen Greis, einen Präferenten des alten zusammengebrochenen Militärsystems, keinen Staatsmann, keinen Politiker, keinen Wirtschaftler, keinen Wissenschaftler, keinen Mann mit großem geistigen Format in verschiedener Beziehung, keinen Lenker des Volksgeistes. Die reaktionären Kräfte stellten sich damit ein schlechtes Zeugnis aus und gaben ihre geistige Sophistik zu erkennen. Ob das deutsche Volk dafür einen Blick haben wird?

Es ist zu hoffen, daß der gesunde Instinkt diesmal bei der Entscheidung am 26. April das deutsche Volk richtig auf die Seite der Republikaner lenken wird; denn soviel Ueberblick muß der einfache Mensch haben, daß die Kräfte und Kräfte, die den Weltkrieg mit verschuldet und dann verloren haben, die 1918 sich vor Feigheit verrochen und teilweise ihr einziges, was sie besaßen, ihre leibliche Hülle, ins Ausland brachten, daß die Verlierer ehemaliger Macht nicht imstande sein können, das deutsche Volk vorwärts und auswärts zu bringen. Sie haben einmal gänzlich verjagt und würden wieder die Herzen verlieren und dem Volke das Unglück bringen. Das ist schon jetzt mit aller Deutlichkeit an ihrer unmöglichen Kandidatenstellung zu erkennen.

Weil die reaktionären Parteien doch noch einen ziemlich großen Teil des deutschen Volkes als Anhänger haben, müssen die fortschrittlichen deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen die letzten Tage vor der Wahl ausnützen, um alle Klauen aufzurütteln, am Wahltag ihre Wahlpflicht für die Republik und gegen die Reaktion auszuüben.

Es ist daran zu erinnern, daß nur zwei Blöcke um die Entscheidung ringen, die Republikaner und die Monarchisten-Militaristen.

Jede Stimme, die den Republikanern verloren geht, entweht durch Stimmenthaltung oder durch Zersplitterung, fördert den Reichsblock und damit die Gegner der Arbeiter. Das muß vermieden werden.

Ehrenpflicht für die Arbeiterschaft muß es sein, am 26. April dem republikanischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen und der Reaktion eine Niederlage zu bereiten.

Wahlrecht ist Wahlpflicht.

Das Nächstliegende für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin über 20 Jahre muß sein, ihre Stimme dem aussichtsreichsten Kandidaten der Republik zu geben und seinen Erfolg über die verderbenden Kräfte Deutschlands zu sichern.

Befolgt das Gebot der Stunde!

Die Arbeiterbanken.

Es mehren sich die Berichte aus verschiedenen Ländern, die über einen erfreulichen Fortschritt der Arbeiterbanken berichten können. Bekanntlich steht die deutsche Gewerkschaftsbank — Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten — die während der Inflationszeit entstanden, ihre Tätigkeit erst nach der Stabilisierung der Mark begannen, seit dieser Zeit im Zeichen eines dauernden Aufstieges. In dem Maße, als die deutschen Gewerkschaften, die ihre Fonds bei der Bank anlegen, finanziell erstarkt, erhöht sich der Einlagebestand der Arbeiterbank. Die Sammlung von individuellen Spareinlagen wurde noch nicht begonnen, weil dazu die Voraussetzungen noch nicht vorhanden sind. Weber erlaubt die gegenwärtige Lohn- und Gehaltslage den Arbeitnehmern... erhebliche Ersparnisse, noch ist die technische Ausrüstung der Gewerkschaftsbank entwickelt genug, um die kostspielige Sammlung kleiner Sparpennungen aufzunehmen. Mit dieser Tätigkeit kann erst später begonnen werden. Uns liegen die jüngsten Mitteilungen der österreichischen Arbeiterbank über das zweite Geschäftsjahr, über die bänische Genossenschaftsbank (behandelt in der Februarnummer der Zeitschrift „Die Gemeinwirtschaft“ von P. Weiland, Kopenhagen) und über die amerikanischen Arbeiterbanken vor. Ueber die letzteren unterrichtet ein vor kurzem erschienenes Buch von Richard Wödel. Einige Tatsachen sollen den Fortschritt dieser Arbeiterbanken beleuchten. Die österreichische Arbeiterbank hat ein Aktienkapital von fünf Millionen Kronen, zur Gänze eingezahlt und ausnahmslos im Besitz von gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organi-

tionen. Die Rücklagen aus dem vorigen Jahr betragen annähernd zwei Milliarden; für den kurzen Bestand des Instituts ein achtungswerter Erfolg. An fremden Kapital steht die Bank die Summe von 130 Millionen in Bewegung; davon sind nur 3,5 Milliarden Spareinlagen. Mit dem individuellen Spar-einlageverkehr hat die Arbeiterbank erst gegen Ende des Jahres begonnen. Die übrigen Einlagen sind Gelder von Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Organisationen. Aus den Mitteilungen über die bänische Arbeiterbank geht hervor, daß diese 1919 gegründete Bank die große Währungsfrage, der die größten bänischen Banken infolge der Geldentwertung zum Opfer gefallen sind, gut überstanden hat. Sie erlitt manche Verluste, konnte jedoch ohne fremdes Leihkapital ihre Verpflichtungen erfüllen und erwies sich als solid und sicher, während Duzende von Privatbanken zusammenbrachen. Seit 1923 ist die Bank in ständigem Aufstieg begriffen; seit diesem Jahr ist ihr Kapital zweimal erhöht worden, von 2 auf 3 Millionen Kronen. Einige Angaben über die amerikanischen Arbeiterbanken, die bekanntlich früher entstanden und viel weiter entwickelt sind als die europäischen, sollen hier wiedergegeben werden. Gegenwärtig gibt es 33 Arbeiterbanken in Amerika mit einem Aktienkapital und Reserven von 125 Millionen Dollar. Einige dieser Banken sind im Besitz von bestimmten Gewerkschaften, wie der Eisenbahner, der Maschinisten, Telegraphenarbeiter und Bekleidungsarbeiter. Andere sind auf breiterer Grundlage zustande gekommen, wie die „Federation Bank of New York“, deren Aktienkapital und Einlagen von 500 Gewerkschaften aufgebracht wurde. Der Vorstand setzt sich aus Mitgliedern, die sämtlich dem Allgemeinen Gewerk-

Die Aufgaben, der Wirkungsbereich und die Art der Geschäftsführung der Arbeiterbanken

stehen einstweilen noch nicht ganz eindeutig fest. Es bestehen Unterschiede nach Ländern und wirtschaftlichen Verhältnissen, aber auch in Bezug auf die grundsätzliche Auffassung vom Wesen der Arbeiterbanken. Man kann den Zweck der Arbeiterbanken am umfassensten beschreiben, wenn man diesen folgende drei Aufgaben zuweist: Unterstützung der Arbeiterorganisationen im gewerkschaftlichen Kampfe, das heißt die Arbeiterbank soll als Waffe bei diesen Kämpfen dienen, zweitens: Förderung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen und Bestrebungen im Gegensatz zu den kapitalistischen, das heißt die gewerkschaftlichen Gelder und die Sparsummen der Arbeiter sollen in gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen angelegt werden, drittens: Unterstützung der sozialen und kulturellen Tätigkeiten der Arbeiterschaft aus den von den Arbeiterbanken erzielten Gewinnen. Ein vierter Aufgabenkreis, der für die europäischen Arbeiterbanken infolge ihrer Kapitalknappheit einstweilen noch wenig in Frage kommt, in Amerika dagegen im Vordergrund steht, ist das Einbringen der Arbeiterkraft in die Privatindustrie durch die Arbeiterbanken. In Amerika laufen die im Besitz der Gewerkschaften befindlichen Arbeiterbanken Privatunternehmungen auf mit dem Zweck, die Arbeitsverhältnisse in diesen Industriezweigen zu regeln. Aus dieser Tätigkeit der Arbeiterbanken entstehen dort große Schwierigkeiten. Die genannten Unternehmungen werden oft unrichtig ausgewählt und führen zu Verlusten, was aber noch schlimmer ist, zu Lohnkonflikten mit der Arbeiterschaft, wenn nämlich diese einem anderen Berufszweig angehört als die laufende Gewerkschaft. An diesen bieten diese Aufgaben, die sich auf die Verwendung des Kapitals beziehen, nicht weniger, aber die Probleme der Beschaffung des Kapitals und der Geschäftsführung große Schwierigkeiten. Diese sollen hier behandelt werden.

Wie soll das bei den Arbeiterbanken liegende Kapital verwendet werden?

Hierbei spielen geschäftsmäßige Gesichtspunkte eine nicht weniger wichtige Rolle, wie die Rücksicht auf die geschäftlichen Aufgaben der Arbeiterpartei. Die Arbeiterbanken, von den kapitalistischen Banken angeordnet, von der kapitalistischen Presse mit Missbräusen verfolgt, müssen mehr noch als andere Institute darauf bedacht sein, daß das Vertrauen in sie nicht erschüttert werde. Erst vor kurzem verurteilte man die österreichische Arbeiterbank durch Verbreitung falscher Nachrichten in Schwierigkeiten zu bringen, was glücklicherweise nicht gelang. Im Jahresbericht der österreichischen Arbeiterbank wird auch hervorgehoben, daß die Bank keine Spekulationsgeschäfte gemacht hat, was für eine Arbeiterbank eine Selbstverständlichkeit ist. Schwieriger ist aber die Frage der Anleihen an die Privatindustrie durch die Arbeiterbank. Diese sind oft aus technischen Gründen notwendig, um das freiliegende Geld der Arbeiterbank fruchtbringend anzulegen, in anderen Fällen aber auch aus Rücksicht auf die bei diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter, um Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit zu verhüten. Bei Gewährung dieser Anleihen ist aber selbstverständlich die größte Vorsicht geboten. Angeht die Wirtschaftskrise hat die österreichische Arbeiterbank beschlossen, Privatdarlehen überhaupt nicht mehr zu gewähren. Große Schwierigkeiten werden dadurch verursacht, daß die Gewerkschaften im Falle eines Streiks die bei der Arbeiterbank angelegten Summen dringend benötigen. Mit Rücksicht darauf müssen die Arbeiterbanken einen verhältnismäßig großen Teil ihrer Mittel flüssig halten, das heißt sie dürfen diese nur kurzfristig, das heißt auf tägliche oder wöchentliche Kündigung anlegen. So hält zum Beispiel die österreichische Arbeiterbank 30 Proz ihrer Geldmittel flüssig. Bei Lohnkämpfen möchten aber die im Kampfe stehenden Gewerkschaften nicht nur ihr Guthaben von der Arbeiterbank abheben, sondern auch noch große Anleihen bei der Bank machen. Dies wird freilich nur in gewissen Grenzen möglich sein. Im Bericht der österreichischen Arbeiterbank heißt es diesbezüglich: „Die Vorstellung, als sei die Bank dazu da, Lohnbewegungen mit ihren eigenen Mitteln zu finanzieren, beruht auf Unkenntnis ihrer Grundlagen wie der bestehenden Vereinbarungen der Organisationen.“ Die Geschäftsführung der Arbeiterbank muß laienmännlich und vielseitig sein. Sie kann sich nicht auf bestimmte Geschäfte beschränken, sondern muß die meisten Bankgeschäfte in ihren Wirkungsbereich einbeziehen. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und im Konkurrenzkampf mit den Privatbanken aufgestellt, kann sie nicht umhin, sich deren Geschäftsmethoden zu bedienen. Die Arbeiterbanken müssen auch Auslandsbeziehungen aufbauen, bei denen sie die Vermittlung der Arbeiterbanken des betreffenden Landes in Anspruch nehmen können.

Noch größere Sorgen als die Verwendung des Kapitals bereitet den Arbeiterbanken die Beschaffung desselben.

Die Arbeiterbanken pflegen die Gelder der Gewerkschaften zu verwahren. Zudem können diese Gelder, so hoch auch ihre Summe sei, für eine erfolgreiche Geschäftsführung der Arbeiterbanken nicht ausreichen, schon wegen der oben erwähnten Notwendigkeit, diese Gelder unter Umständen rasch zurückzahlen zu müssen. Zur Zeit der Wirtschaftskrise und großer Arbeitslosigkeit sind die Ansprüche an die Arbeiterbank am größten. Große Kapitalien werden ihr entzogen, ohne daß neue ausfließen, zumal die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Privatenzeiten zurückzugehen pflegt. Deshalb ist es geboten, daß die Arbeiterbanken auch aus anderen Quellen sich Kapitalien verschaffen können. Auf welche Weise aber? Vor allem kämen die Spargelder der Arbeitnehmer in Frage. Inessen sind aber die Gehälter und Löhne in Europa so gering, daß große Kapitalien schwer gesammelt werden können, worauf der bänische Bericht hinweist. Dazu kommt die Konkurrenz der Privatbanken. Die Arbeiterbanken oft lieber aufgeschoben werden, und auch die großen Geschäftsunkosten, die mit der Sammlung geringer Sparsummen verbunden sind. Die österreichische Arbeiterbank hat mit der Sammlung der individuellen Spareinlagen erst im Herbst letzten Jahres nach anderthalbjährigem Bestehen angefangen. Es ist daher eine Lebensfrage für die Arbeiterbanken, daß sie die Verwaltung der Gelder von öffentlichen Körperschaften, die bisher von den Privatbanken besorgt wurde (Krankenkasse usw.), er-

halten. Solange das nicht möglich ist, heißt es im bänischen Bericht, wird der Einfluß der Arbeiterbanken auf den Geldmarkt ein geringer bleiben. Ein anderes und noch wichtigeres Kapitel ist das Verhältnis der Genossenschaften zu den Arbeiterbanken. Die Genossenschaften haben bereits ihre Bankvereinigungen, die sich aber in der Regel nur auf die Abwicklung der Warengeschäfte der Genossenschaften selbst beschränken. Die für eine Arbeiterbank gebotene Vielseitigkeit der Beschaffung und der Verwendung des Kapitals ist bei ihnen nicht in genügendem Maße vorhanden. Ohne auf diese Frage einzugehen, soll hier nur die Notwendigkeit des Zusammengehens der genossenschaftlichen und der Arbeiterbanken betont werden. Die österreichische Arbeiterbank ist gleichzeitig die Bank der Genossenschaften. Die deutsche Gewerkschaftsbank soll, wie wir hören, mit dem Institut der Großkaufmanns-Genossenschaft eine Vereinbarung zum Zusammenwirken treffen. In Deutschland wird der Geschäftsbetrieb der Arbeiterbank durch das Vorhandensein der bürgerlichen Genossenschaften sehr geschwächt; aus diesem Grunde konnte sie sich außerhalb des bürgerlichen Kreises nicht ausbreiten.

Die Entwicklung der Arbeiterbanken steht noch in ihrem Anfang. Man kann schwer voraussagen, wie weit sie gehen wird. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß sie im Dienste der geschäftlichen Aufgaben, als Waffe im Gewerkschaftskampf, für die Förderung der Gemeinwirtschaft und der kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse große Möglichkeiten bietet. H. S.

Wirtschaft und Politik.

Der Reichsverband der deutschen Industrie veranstaltete am 1. April zu Ehren seines abgehenden Vorsitzenden, Dr. Sorge, einen Abschiedsabend, an dem die Spitzen der Behörden, in ihrer Mitte der Stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons, Reichsfiskus, Reichsminister und andere prominente Persönlichkeiten teilnahmen. Bei dieser Gelegenheit hielt der gegenwärtige Reichsfiskus eine Rede, in welcher er auf die Stellung der Wirtschaft zur Politik zu sprechen kam. Nach Meldungen der Tagespresse äußerte sich Luther u. a. folgendermaßen: „So können wir heute, wenn wir uns nicht in begrifflich leerem Raum bewegen wollen, Wirtschaft und Politik überhaupt nicht mehr auseinanderreißen. Und so wird jede wirtschaftliche Betätigung, die sich nicht im engen Privatwirtschaftlichen Rahmen des einzelnen hält, sondern das Gesamtbild der Wirtschaft, eine der wichtigsten Aufgaben des politischen Lebens sein.“

Als Walter Rathenau den Satz prägte, daß die Wirtschaft das Schicksal der Nation sei, ist diese Meinung hart angetroffen worden. Viele waren der Meinung, daß umgekehrt die Politik das Schicksal der Wirtschaft das Schicksal der Nation sei. In der Tat ist die Politik das Schicksal der Wirtschaft. Sei dem wie ihm wolle, richtig ist, daß die eigentliche Politik in den Jahren der Nachkriegszeit teilweise nur das ausführende Organ der wirtschaftlichen Interessen, Erhaltung und Kräfte waren, die das Leben des Volkes in Bewegung hielten. War doch die ganze Reparationspolitik ein riesiger Komplex von Wirtschaftspragmatik, aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen resultierend. Die Nachkriegszeit hat ferner zur Geltung bewiesen, daß, mochte an der Regierung sein, wer wollte, doch letzten Endes jene Herren der Wirtschaft, Stinnes, Thyssen und andere, die Geschichte der Nation zu beeinflussen in der Lage waren. Die gewaltige Macht des Reichsverbandes der Industrie stand bei allen wichtigen Entscheidungen im Hintergrund, jederzeit bereit, einzugreifen, wenn es galt, die Rechte der Industrie zu wahren. Die Verhandlungen mit Frankreich wurden letzten Endes von der Schwerindustrie diktiert, und es ist nicht mit ihrer französischen Schwester in allen Fragen einig, wird ein endgültiger Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich nicht zustande kommen. Reichsfiskus Luther ist sicher, als er obige Worte sprach, davon durchdrungen gewesen, daß die dort verammelten Vertreter als die Repräsentanten der Wirtschaft anzusehen seien. Die Millionen der Hand- und Kopfarbeiter als wesentliche Faktoren der Wirtschaft wird der Reichsfiskus nicht mit in den Kreis seiner Betrachtungen einbezogen haben. Es war eine Zeitlang anders, da konnte man seine Zeitung aufschlagen, wo nicht über die „gewerkschaftliche Nebenregierung“ geredet wurde. Jeder Einfluß der gewerkschaftlich organisierten Millionenheere der Arbeiter, Beamten- und Angestelltenklasse war dem Bürgertum und vor allem den Industriellen ein Gräuel. Deshalb der harte Kampf, der jetzt in Staat und Wirtschaft um die Zurückdrängung des Arbeiterinflusses ausgedehnt wird, deshalb die offene Hand der Industrie bei den politischen Wahlen, um ihren Einfluß von dieser Seite aus zu vermehren.

Es ist immerhin anzuerkennen, daß der verantwortliche Leiter der Reichspolitik „jede wirtschaftliche Betätigung als eine der wichtigsten Aufgaben des politischen Lebens“ erklärt. Denn wenn dies richtig ist, dann kann man den in den Gewerkschaften vereinigten Hand- und Kopfarbeiter die Mitwirkung und Mitbestimmung im Staatsleben nicht vorenthalten, dann müßten die Herren um Luther geradezu um die Heranziehung dieser Organisationen bemüht sein. Das Gegenteil ist der Fall. Dies kommt schon dadurch zum Ausdruck, daß die Regierung auf der am 18. März stattgefundenen großen Kundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, wo die aktuellsten Probleme der Politik und Wirtschaft zur Debatte standen, durch ein paar Vertreter geringeren Grades vertreten war, während sie bei jener Zusammenkunft der Industrie, wo es sich lediglich um einen Zeitungswechsel handelte, die Spitzen der Regierung bis zum Reichspräsidenten hinauf herbeigeeilt waren. Gewiß sind dies nur Nebenbelange, aber sie kennzeichnen die Situation in prägnanter Weise.

Das Wesen der harten Kämpfe seit dem Zusammenbruch der Republik auf allen Gebieten war die Vernichtung des „Korporatismus“, die Vereinfachung jeder Mitbestimmung der Hand- und Kopfarbeiter im Staats- und Gesellschaftsleben. Alles, was unternommen wurde, lief auf dieses Kernproblem hinaus. In dieser Linie lag auch die Wahllegung des vorläufigen Reichs-

wirtschaftsrates. Der offene und geheime Kampf gegen das Schlichtungswesen wird gerade jetzt mit aller Heftigkeit geführt. Es liegt an jedem einzelnen der Millionen Arbeitnehmer in den Fabriken und Arbeitsplätzen jeder Art, Büros und Amtsstuben, diesem Streben nach Beseitigung des Einflusses der arbeitenden Massen einen Damm entgegenzusetzen. Dies kann geschehen durch intensive Tätigkeit für ihre Gewerkschaftsorganisationen, durch Stärkung der Verbände und durch Aufklärung über das Wesen der heutigen Klassenkämpfe. Gelingt dies, dann mögen sich die Spitzen der Industrie mit denen der Regierung zusammenfinden, wo und wie oft sie auch wollen. Reptilien Endes entscheiden doch nur kompakte Machtverhältnisse. Diese liegen für die Hand- und Kopfarbeiter allein in einem lückenlosen Zusammenschluß aller Schichten in den Gewerkschaften.

Zur Arbeitszeitfrage.

Arbeitskraft, hatte Disziplin!

In den letzten Monaten hatte ich Gelegenheit, in Magdeburg, Neubrandenburg, Althaldensleben, Annaburg, Wittenberg, Köthen, Schmiedeburg, Kettin, Ullrich, Hirschau, Schwandorf, Schwarzenfeld, Weiden, Tirschenreuth, Waldsassen, Müllersheim, Wiesau und Arnsdorf anläßlich von Versammlungen abzuhalten; dabei mußte ich die erschreckende Wahrnehmung machen, daß in fast allen in Frage kommenden Betrieben von einem Teil der Belegschaften geradezu Schindluder mit der Arbeitszeit und den einschlägigen Tarifbestimmungen getrieben wird. Dieser Zustand veranlaßt mich, auf die Gefahren hinzuweisen, die daraus für die Arbeiterkraft im allgemeinen erwachsen, die ferner die gesetzliche Regelung des Achtstundentages erschweren, und die von den Unternehmern ausgenutzt werden, um den Regierungen zu zeigen, daß ein Teil der Arbeiterschaft den Achtstundentag nicht, dafür eine längere Arbeitszeit will.

Edwin Menninger.

Die organisierte Arbeiterschaft betrachtet den Achtstundentag als eine wichtige und vorteilhafte Errungenschaft der Neuzeit und ist allen gegenteiligen Bestrebungen der Unternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit den größten Widerstand entgegenzusetzen. Unausgeseht führen freigezwungene Verbände schwere und kostspielige Arbeitszeitkämpfe, und die Spitzengewerkschaften verlangen von den Regierungen die gesetzliche Regelung und die Anerkennung der internationalen Abmachungen; aber die Unternehmer stoßen immer wieder vor und nützen bestehende Schwächen der Arbeiterschaft aus.

Auch in unserer Industrie streben die Unternehmer stets danach, das Arbeitsabkommen erneuern zu lassen. Bei den diesbezüglichen Verhandlungen bringen die Unterhändler der Industriellen stets die Beweise zu ihrem Verlangen mit vor, die ihnen Arbeiter und Arbeiterinnen in die Hände geben. Ihre bekannte Formel, daß die Arbeiterschaft gern länger als acht Stunden täglich in den Betrieben arbeiten will, belegen sie mit tatsächlichen gemachten Erfahrungen, und von diesen will ich einige, wie sie mir berichtet wurden, anführen, damit die Kollegenchaft erkenne, wie schwer in der Arbeitszeitfrage gekämpft wurde und noch wird.

In den besuchten Orten wurde darüber hauptsächlich Klage geführt, daß vielfach die Arbeitszeiten nicht eingehalten werden. Betriebsräte, die sich dagegen wandten, bekamen die bittersten Grobheiten zu hören. Ja, verschiedene Vorgesetzte nahmen die Haltung der Betriebsräte zum Anlaß, gegen tüchtige Betriebsräte eine Mißstimmung wachzurufen, die sie teilweise veranlaßte, ihre Ämter zur Verfügung zu stellen oder auf die Wiederwahl zu verzichten. Die Belegschaften litten unter derartigen Zwistigkeiten, und die Betriebsleitungen nutzten geschickt als Leinwand Dritte die für sie günstige Lage aus. Ich selbst habe deshalb mehrmals in Betrieben sehen müssen, daß Arbeiterinnen mit schmutzigen Händen während der Arbeit ihr Gesicht verdeckten. Dann wurde ich ausdrücklich darauf verwiesen, daß in Fabriken, wo die Maschinen länger als acht und neun Stunden täglich liefen, auch die an Maschinen arbeitenden Facharbeiter und Facharbeiterinnen das Bestreben zeigten, ihre Arbeitszeit freiwillig zu verlängern, und das gerade in den Betrieben, in denen nur die geringere Anzahl Beschäftigter dem Verband als Mitglieder angehört, in denen auch sonst die Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht so beachtet und verlangt werden, wie in stark organisierten Betrieben.

In einem Betrieb leisteten die Brennstoffabteilungen gern Sonntagsarbeit, weil sie die 50 Proz. Zuschlag ohne weiteres bekamen, und der Unternehmer sie mit Schmutzeln bezahlte, weil ihm die Willigkeit seiner Brenner nicht nur Betriebsnützen brachte, sondern weil ihm die Arbeiter und Arbeiterinnen so bedenkenlos das Material lieferten, das er bei ausfallenden Gelegenheiten brauchte, und wo er den Beweis erbrachte, daß nicht etwa die Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern vor allem nur die Betriebsleitung den Achtstundentag verlangte.

In einer Versammlung berichtete ein Kollege von einem Brenner, der dem Unternehmer den Beweis liefert, daß ein Arbeiter in der Lage ist, 120 Stunden in der Woche im Betrieb tätig zu sein. Dieser Mann macht Brände von 27 bis 30 Stunden Dauer und arbeitet anschließend sofort in seiner Kolonne weiter. Vielfach ist es ja kein Arbeiten mehr, denn der Betreffende muß sich vor Müdigkeit und Erschöpfung hüten, damit er sich anrecht erhält. Die Meister und Direktoren lassen den „Arbeiter“ trotzdem ruhig gewähren, weil er ja bei jeder Gelegenheit als Vorbild von ihnen gebraucht wird. Er dient ja als Beweisstück. Daß tatsächlich schon Frauen und Mädchen vor Schwäche und Ueberanstrengung an ihrem Arbeitsplatz umgefallen sind, ist auch vorgekommen und wurde mir ebenfalls bestätigt.

Die schlimmen Auswirkungen von übermäßiger Ueberarbeit werden leider von einem Teil der Vorstandsarbeiterschaft nicht

erkannt. Zu gesundheitlicher Beziehung werden die großen Fehler nicht eher eingesehen, bis eine Krankheit, meist eine unheilbare, den Körper der Ueberlegten zermürbt und ganze Familien in Mitleidenschaft zieht.

Viele von den fähigen Handarbeitern sind gewöhnlich der Meinung, sie könnten mit Ueberarbeit ihre Verdienste verbessern. Diese Meinung ist mehr als irrig, sie ist sogar sehr nachteilig und gefährlich. Einmal wird der Unternehmer dadurch zur Preisdrückung veranlaßt, weiter werden neue Stückpreise vielfach mit alten durch Ueberarbeit gedrückten Löhnen verglichen und danach bestimmt. Dann machen es aber, wie eine erhebliche Zahl Berichte erkennen lassen, Unternehmer so: Sie stellen die schließlich etwas höheren Verdienste der Ueberarbeitenden als Muster hin und berechnen daraus, geleistet nur durch 48 Wochenstunden, höhere Durchschnittslöhne, die sie bei Lohnverhandlungen als normale beim Schlichter vorlegen.

Dadurch fallen indirekt die überstundenwütigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Verhandlungskommission in der Arbeitszeit- und in der Lohnfrage in den Rücken, und darin liegt das Gefährliche unüberlegter Handlungsweisen.

Schlamm sieht es in diesem Punkt in den Betrieben mit schwacher Gewerkschaftsorganisation aus und noch schlimmer in den paar Betrieben, wo die Belegschaften den Verband verlassen haben. Infolge Nichthaltens der Tarifbestimmungen können ganze Gebiete in dieser Beziehung verstoßen werden und die feineren Arbeiter der Arbeiterschaft hat um so mehr darunter zu leiden, je mehr die Uebergriffe überhand nehmen.

Hiergegen sich zur Wehr zu setzen, ist eine unbedingte Notwendigkeit und Pflicht, und die organisierte Kollegenchaft hat mit aller Energie dafür zu sorgen, daß in ihren Reihen keine der besprochenen Sünden mehr begangen werden, ferner aber auch dafür, daß die noch Abseitstehenden in Schach gehalten werden, damit sie den Unternehmern nicht die Waffen in die Hände liefern, die sie im Kampf gegen die Arbeiterschaft brauchen.

Je mehr die organisierte Kollegenchaft Disziplin übt, je mehr sie auf die strikte Innehaltung tariflicher Bestimmungen achtet und den regelrechten Normalarbeitszeit von 8 Stunden einhält, desto leichter ist es, die aus der Reihe tanzenden Arbeiter und Arbeiterinnen auf ihre gemachten Fehler hinzuweisen. Die alte Wahrheit: Je länger die Arbeitszeit, desto niedriger die Löhne und desto trauriger die Lage der Arbeiterschaft, gilt heute noch.

Denn achtet auf strikte Innehaltung der achtstündigen Arbeitszeit und verlangt die dazu notwendigen Verdienste. Laßt euch nicht durch direkte und indirekte Maßnahmen zur Ueberarbeit verleiten, duldet keine nachteiligen Uebergriffe, haltet eure Rechte hoch und alle Unternehmerangriffe prallen vor eurer Geschlossenheit ab.

Dividenden und Tantiemen.

Als im Herbst 1923 das Geld stabilisiert wurde, befanden sich 80 Proz. der deutschen Bevölkerung in Not und Elend. Die Industrie- und Handelsgesellschaften hingegen hatten sich liberale ausgedehnt gehalten. Den Verfall des Geldes hatten sie durch Verrechnung auszugleichen versucht. Doch hatten auch viele von ihnen mehr oder weniger gelitten. Kriegs- und Inflationsgesellschaften standen überdies vor der Frage, liquidieren zu müssen, da eine reguläre Wirtschaft eine solche Ueberzahl von Produktions- und Handelsgesellschaften nicht zu tragen vermag.

Jedenfalls ahnte niemand, daß die Industrie, der Handel und die Banken in verhältnismäßig kurzer Zeit sich derartig erholen konnten. Noch viel weniger ahnte jemand, daß das erste Jahr nach der Stabilisierung bereits so lukrativ sich gestalten sollte. Die Verteilung der Dividenden war in so großem Ausmaß möglich, daß von den bisher bekanntgewordenen Abschüssen für das Jahr 1924 im Durchschnitt 12 Proz. dividendenlos waren. Ein großer Teil der Unternehmungen war bereits in der Lage, weit höhere Dividenden zu verteilen als im letzten Friedensjahr. Als ein Beispiel hierfür können die Großbanken gelten, deren Abschüsse in den letzten Wochen bekanntgegeben wurden.

Dividenden verteilen in Prozent	1913	1924
Deutsche Bank	12 1/2	10
Disconto-Gesellschaft	10	10
Dresdener Bank	8 1/2	8
Darmstädter und Nationalbank	8 1/2	10
Commerz- und Privatbank	6	8
Berliner Handelsgesellschaft	8 1/2	10
Mitteldeutsche Kreditbank	6 1/2	8
Im Durchschnitt	8,5	9,1

Die sieben Großbanken vermochten also die Rente im Durchschnitt um 0,8 Proz. zu steigern. Da die Banken durch die Geldentwertung immerhin einige Verluste erlitten, ist dies ein glänzender Anfang der Stabilisierungsperiode. In ähnlicher Lage befinden sich die Unternehmungen der Textilindustrie und der Brauereien. Da Industrie, Handel und Banken fast aller Länder sich in einer Krise befinden und die Aktiengesellschaften des Auslandes nicht allzu ertragreich sind, stehen die Dividenden der deutschen Gesellschaften den ausländischen um nichts zurück, in einigen Industriezweigen übertreffen sie dieselben.

So können sich die Aktionäre im allgemeinen nicht beklagen. Sie haben allerdings bei der Geldumstellung Haare lassen müssen. Doch haben sie die Aktien teilweise billig erworben, vielfach erhielten sie wertvolle Bezugsrechte oder gar Freik Aktien. Die gestiegene Rentabilität verhilft dem Aktionärstand in Deutschland wieder zu Reichtum und Ehren.

Dies von den Arbeitern, Angestellten und Beamten behaupten zu wollen, wird wohl niemand einfallen. Ihre Lage ist nach wie

Die Silhouette auf dem Geschenk- und Engusartikelmart.

Die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse brachte auch vielen anderen recht hübschen Geschenkartikeln auch eine alte Mode in der Verzierung, nämlich die Silhouette auf Tassen. Allerdings in moderner Form, aber auch in der alten. In jener empfindlichen Periode des achtzehnten Jahrhunderts wurde der Schatten eine Modelebensart. Man krebte vom heiteren Charakter der Hofe bis hin zu stillen Schönheit der Antike. Die Silhouette des Schattens verglich man gern mit den schwarzen „Gefährlichen Figuren“ auf den griechischen Vasen, die unter dem Einfluß der antiken Richtung etwa zur gleichen Zeit zu einem beliebigen Schmuckstück des Kunstgewerbes wurden. Wir wollen hier nur von der Verwendung der Absoluten in der Keramik reden und insbesondere von den Kaffeegeschirren der Berliner ehemaligen königlichen Manufaktur. Die Manufaktur Friedrichs des Großen hat die Mode der Silhouetten recht anziehend gepflegt. Die Bestellungen des Berliner und ausländischen Publikums nahmen derart zu, daß der Kaiser Friedrich Wilhelm III. dem Kaiser von Preußen die Silhouettenmalerei geworden war, im Jahre 1781 die Aufträge nicht mehr bewältigen konnte. Die Profilbildnisse, zuweilen auch grau gemalt, wurden noch von einem Blumenmaler und Vergolder verziert. Um die etwas harte Wirkung der schwarzen Schattenbilder auf dem weißen Porzellan zu vermeiden, wurden

sie meist auf einen farbigen, vorzugsweise blaßgelben oder grauen Grund gesetzt und in der Regel in ovale Medaillons gefaßt. Um die Silhouetten aber doppelt Goldblei, der die Silhouetten umrandet, schloß sich Bergkristall, Immortellen, Tischenlaub, Schieren. Dem Medaillon des Bechers entspricht auf der Tasse meist ein ebenso geschmücktes rundes Feld mit einem farbigen Bergkristall- oder Rosenkranz oder ganz aus farbigen Blumenwinden gebildeten Namenszug. Oft auch in der Mitte ein Bildnis; daneben steht es nicht an Blumen und Büschen. Das Hohenzollernmuseum bewahrt ein vielteiliges Kaffeeservice aus der Zeit um 1780, das mit den Silhouetten der königlichen Familie geschmückt ist, die sich durch die auf der Rückseite der Gefäße angebrachten Initialen alle bestimmen lassen. Die Silhouette Friedrichs des Großen ist natürlich in seiner Panoplie besonders häufig auf den Porzellanen angebracht worden. Sie begegnet wiederholt auf Tassen des heute „Kurländer“, damals „bairnformig mit Stäben“ genannten Meißners, dessen von einem erhabenen Kranz eingerahmte ovale Medaillons zur Aufnahme der kleineren Schattenbilder besonders geeignet erschienen. In dem Besitz des würtembergischen Landesgewerbemuseums befindet sich ein prächtiges Beispiel des erwähnten Kurländer Meißners in einem vollständig erhaltenen Frühstücksgeschirre. Leider bleibt unsere Kenntnis nach dem Namen der Dargestellten unbefriedigt, wie bei den meisten anderen Silhouetten. Die Stilwandlung in der Dekoration des Berliner Kaffeegeschirrs kann man bis in den Anfang des neunzehnten Jahrhunderts verfolgen. In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts sind eine große Anzahl schlichter

Tassen mit Silhouetten entstanden, die mit der Künstlerbezeichnung Meißner und meist auch mit einer Jahreszahl versehen sind. Als ihren Hersteller haben wir den 1789 in Weiskensfeld geborenen und 1825 in Eisenburg bei Wien gestorbenen Maler Gottlob Samuel Meißner zu betrachten. Im Gegensatz zu den Meißner des achtzehnten Jahrhunderts sind seine mit peinlicher Sorgfalt ausgeführten Schattenrisse ohne jede Umrahmung frei auf die Flächen der im übrigen sehr schlecht verzierten oder auch ganz schmucklosen Tassen gelegt. Eine größere Anzahl solcher Meißner befindet sich in den Schloß von Schwerin und Ludwigslust. Etwa von 1806 ab wendet sich die Kunst des Publikaums mehr und mehr von der Silhouette ab. Auf den Erzeugnissen der Berliner Porzellanmanufaktur wurde diese von den meisterhaften Reliefbildnissen aus Meißnerporzellan nach Modellen des Bildhauers Leonhard Hoth, die mit Vorliebe auf Tassen, Kaffeekannen und Vasen angebracht wurden, verdrängt. Noch bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts hinein fristete das Schattenbildnis sein Leben; in der Formenwelt der modernen Erzeugnisse der Berliner Porzellanmanufaktur ist die Silhouette aber nicht mehr vertreten. Während von Meißner und Künstlerhand die alte Silhouettenart hoch in Ehren gehalten wird und ihnen von der Poesie einer längst entschwundenen Zeit erzählt, ist in neuerer Zeit der Schattenriß wieder mehr zur Geltung gelangt und verschiedentlich auch schon zum Schmuck von Gegenständen verwandt worden. Freilich für eine derartige Lebensart, wie sie in alter Zeit für die Silhouette verehrter oder geliebter Persönlichkeiten aufgebracht wurde, hat die heutige Zeit wohl nur wenig Verständnis.

vor schlecht. Sie erhebt sich selten über das Niveau der Arbeitszeit. Einer verteuerten Lebensgestaltung steht eine gleiche, jedoch geringere Entlohnung gegenüber.

Demgegenüber ist man dabei, die Löhne einer Kategorie von Arbeitern gehörig aufzubessern: das sind die Aufsichtsräte. Die Löhne der Aufsichtsräte haben sich ganz gewaltig verbessert. Die Aufsichtsräte zeigen sich im Gegensatz zu der Mehrzahl der Arbeiter und Gehaltsregelungen sehr sparsam. Dafür einige Beispiele. Für das letzte Geschäftsjahr betragen die Löhne für Aufsichtsräte:

Deutsche Bank	408 774 Mk.
Dresdener Bank	445 185 "
Deutsche Kreditbank	252 974 "
Deutsche Kreditbank	204 000 "
Darmstädter und Nationalbank	360 000 "
Commerz- und Privatbank	239 000 "
Neue Bergbau A.-G.	182 078 "
Niederrheinischer Kohlenwerke	108 000 "
Allgemeine Lotterien und Kassenwerke A.-G.	100 000 "

Diese Summen gestalten eine anständige Entschädigung für jedes einzelne Aufsichtsratsmitglied. Gewiß ist es keine aufwändige Tätigkeit, die diese Herren zu leisten haben, gewöhnlich beschränkt sich diese auf den Besuch einiger Sitzungen. Und dafür ist eine Entschädigung in dieser Höhe mehr als reichlich. Für die Summe, die hier ein Mitglied des Aufsichtsrats erhält, muß ein Arbeiter mehrere Jahre schwer arbeiten. Und wenn man in Betracht zieht, daß diese Besätze nur Nebeneinnahmen darstellen und die glücklichen Inhaber von Aufsichtsratsposten sind, dann gewahrt man, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Licht und Schatten sehr ungleichmäßig verteilt sind.

Aufwertung in der Sozialversicherung.

Von H. F. I. b. m. a. n. n., Neuhaldensleben.

Nachdem mit Schaffung der Rentenbank und Einführung der Rentenmark die deutsche Währung wertbeständig wurde, mußte auch eine Umstellung der Beiträge und Leistungen aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung erfolgen. Die Leistungen aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung wurden nach der Inflation erstmalig durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. April 1924 auf Rentenmark umgestellt. Wie bei allen Geldverhältnissen die Entwertung der Reichsmark die Rentenbestände wertlos machte, so auch bei den Renten der Versicherungsanstalten.

Bei den Versicherungsanstalten mußte die Geldentwertung noch veranschaulicht werden, weil diese sich nicht mit der Art von Geldgeschäften, wie dieses die Privatbanken konnten, befassen durften. So mußte denn mit Beginn der neuen Währung die Sozialversicherung vollständig neu aufgebaut werden. Die eingezahlten Beiträge konnten für die Berechnung der Renten nicht mehr als Grundlage dienen, da die eingezahlten Beiträge als Papiergeld keinen oder doch nur ganz geringen Wert hatten. Durch die Verordnung vom 16. April 1924 wurden die Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung ohne Rücksicht auf die Dauer Mitgliedschaft oder auf die Zahl der entrichteten Beiträge, soweit der Rentenanspruch gegeben war, einheitlich festgelegt. Der Grundbetrag der Invalidenrente wurde auf 120 M.-M. jährlich oder 10 M.-M. monatlich, § 1288 RMG, und der Reichszuschuß für die Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten auf 36 M.-M. jährlich oder 3 M.-M. monatlich, für jede Waisenrente auf 24 M.-M. jährlich oder 2 M.-M. monatlich, § 1285 RMG, festgelegt. Es bekam somit ein Invalidenrentenempfänger 13 M.-M. monatlich, eine Witwe oder ein Witwer 6 v. H. des Grundbetrages, ist 6 M.-M. und 3 M.-M. Reichszuschuß, also 9 M.-M., eine Witwe bekam 50 v. H. des Grundbetrages, gleich 5 M.-M. monatlich und 2 M.-M. Reichszuschuß, also 7 M.-M. monatlich, als Rente ausbezahlt. Durch Gesetz vom 31. Juli 1924 wurde der Reichszuschuß für die Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten um 12 M.-M. jährlich oder 1 M.-M. monatlich erhöht. Hiernach betrug die Invalidenrente 14 M.-M., die Witwen- und Waisenrente 10 M.-M. monatlich. Für die Waisenrenten blieb es bei dem Reichszuschuß von 24 M.-M. jährlich oder 2 M.-M. monatlich.

Für die Steigerung der Rente nach der Zahl und dem Wert der verwendeten Beitragsmarken wurden 10 v. H. der ab 1. Januar 1924 gültig entrichteten Beiträge gewährt. Eine Berücksichtigung der vor dem 1. Januar 1924 verwendeten Beiträge erfolgte nicht. Diese letzte Bestimmung bedeutete für die alten Rentenempfänger, welche schon jahrelang teilweise unter recht schwierigen Verhältnissen, eine große Zahl von Beiträgen verwendet haben, eine unbillige Härte. Diese Ungerechtigkeit wird nunmehr durch ein neues Gesetz, welches unterm 23. März 1925 im Reichsanzeiger veröffentlicht wurde, gemildert. Für die Invalidenversicherung wird nach dieser Neuregelung ab 1. April 1925 der Reichszuschuß, § 1285 RMG, von 48 Reichsmark auf 72 Reichsmark, also um 24 M.-M. jährlich oder 2 M.-M. monatlich, für die Invaliden-, Witwen- und Waisenrente erhöht. Der Reichszuschuß für Waisenrente wird mit dem gleichen Termin von 24 M.-M. auf 36 M.-M., also um 12 M.-M. jährlich oder 1 M.-M. monatlich, erhöht. Außer dieser allgemeinen Erhöhung der Rente durch Steigerung des Reichszuschusses, findet ab 1. April 1925 eine weitere Erhöhung der Rentenbeträge auf Grund der bis zum 30. September 1921 für die Lohnklassen II bis V entrichteten Beiträge statt. Der Steigerungsbetrag für jede bis zum 30. September 1921 verwendete Beitragsmark beträgt:

in Lohnklasse II	2 M.-M.
" " III	4 "
" " IV	7 "
" " V	10 "

Nach dieser Neuregelung würde sich die Rente für einen Rentenempfänger, welcher von Beginn seiner Versicherungsperiode bis zum 30. September 1921 500 Beiträge der Lohnklasse III verwendet hat, wie folgt berechnen:

Grundbetrag 120 M.-M., Reichszuschuß 72 M.-M., Steigerungsbetrag 500mal 4 M. = 20 M.-M., mithin jährlich 212 M.-M., oder monatlich 212 : 12 = 17,67 M.-M.

Für einen Rentenempfänger, welcher bis zum 30. September 1921 600 Beitragsmarken der Lohnklasse V verwendet hat, ergibt sich folgende Berechnung:

Grundbetrag 120 M.-M., Reichszuschuß 72 M.-M., Steigerungsbetrag 600mal 10 M. = 60 M.-M., mithin jährlich an Rente 252 M.-M., oder monatlich 252 : 12 = 21 M.-M.

Wenn in Betracht gezogen wird, daß die Steigerungsbeträge von vor dem Kriege

in Lohnklasse II	6 M.-M.
" " III	8 "
" " IV	10 "
" " V	12 "

betragen, weiter aber auch die entrichteten Beiträge für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1923 für die Berechnung der Steigerungsbeträge nicht in Frage kommen, so ergibt sich, daß besonders bei den höheren Lohnklassen an der Friedensrente noch erhebliches fehlt. Bei Berechnung der Witwen- und Waisenrente wird der Steigerungsbetrag, ebenso wie der Grundbetrag, nur mit sechs Zehntel und bei Berechnung der Waisenrente der Steigerungsbetrag für jede Witwe mit fünf Zehntel in Anrechnung gebracht. Hat der Invalidenrentenempfänger eheliche Kinder unter 18 (früher 15) Jahren, so erhält er für jedes von ihnen jährlich 36 M.-M. oder monatlich 3 M.-M. als Kinderzuschuß.

Den ehelichen Kindern werden bei Gewährung des Kinderzuschusses gleichgestellt: 1. die für ehelich erklärten Kinder, 2. die an Kindes Statt angenommenen Kinder, 3. die Stiefkinder und die Enkel, wenn sie vor Eintritt der Invalidität von dem Rentenempfänger unentgeltlich unterhalten worden sind und 4. die unehelichen Kinder, wenn die Vaterschaft des Rentenempfängers festgestellt ist.

Der Kinderzuschuß für das uneheliche Kind wird nach Vollendung des 16. Lebensjahres nur dann gewährt, wenn der Vater für die Unterhaltung aufkommt. Ebenso wird der Kinderzuschuß für Stiefkinder und Enkel dann entzogen, wenn der Rentenempfänger nicht mehr für das Kind sorgt. Der Fortfall des Kinderzuschusses tritt mit dem ersten Tage des Monats nach dem Ausscheiden des Kindes ein. Bei Eintritt eines Kindes erfolgt die Zahlung des Kinderzuschusses, ebenfalls vom 1. Tage des folgenden Monats an. Für eheliche, für ehelich erklärte, oder an Kindes Statt angenommene Kinder wird der Kinderzuschuß bis zum vollendeten 18. Lebensjahre gezahlt, ganz gleich, ob das Kind selber Einkommen hat oder noch vom Rentenempfänger unterhalten wird.

Für die Angestelltenversicherung wird durch die Verordnung vom 16. April 1924 der Grundbetrag des Ruhegeldes auf 360 M.-M. jährlich oder 30 M.-M. monatlich festgelegt. Einen Reichszuschuß kennt die Angestelltenversicherung nicht. Der Kinderzuschuß beträgt wie bei der Invalidenversicherung jährlich 36 M.-M. oder monatlich 3 M.-M. Die Witwen- und Waisenrente beträgt sechs Zehntel, die Waisenrente für jede Witwe fünf Zehntel des Ruhegeldes.

Neben dem Grundbetrag von 360 M.-M. jährlich, besteht das Ruhegeld aus dem Steigerungsbetrag. Der Steigerungsbetrag betrug nach der Verordnung vom 16. April 1924 10 v. H. der ab 1. Januar 1924 entrichteten Beiträge. Also auch hier kommen die vor dem 1. Januar 1924 gezahlten Beiträge für die Berechnung des Ruhegeldes nicht in Frage.

Dies bringt nun das Gesetz vom 21. März 1925 eine Neuregelung. Es wird nun bestimmt, daß mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1924 für die Beiträge der Gehaltsklassen F bis J aus der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Juli 1921 ein Steigerungsbetrag gewährt wird. Der Steigerungsbetrag beträgt für jeden Beitrag aus dieser Zeit in

Gehaltsklasse F	1 M.-M.
" G	2 "
" H	3 "
" I	4 "

Für alle am 1. Januar 1924 bereits bewilligten und am 23. März 1925 noch laufenden Ruhegelder erfolgt eine Nachzahlung für diese Zeit. Nach dieser Neuregelung würde sich das Ruhegeld für eine Ruhegeldempfänger, welcher angenommen vom 1. Januar 1913 bis 1. Juli 1921 60 Beiträge der Gehaltsklasse II entrichtet hat, wie folgt berechnen: Grundbetrag 360 M.-M., Steigerungsbetrag 60mal 3 M.-M. = 180 M.-M., mithin jährlich 540 M.-M., oder monatlich 540 : 12 = 45 M.-M.

Stirbt dieser Angestellte, dann würde die Witwe sechs Zehntel von 45 M.-M., also 27 M.-M., monatlich als Witwenrente, und für jede Witwe unter 18 Jahren fünf Zehntel, also 22,50 M.-M., als Waisenrente erhalten.

Auch hier sind nunmehr die bezahlten aber entwerteten Beiträge der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Januar 1921, wenn auch nur in geringem Maße, so aber doch aufgewertet.

Der erste Reichsmarkabschluß der Arbeiterbank.

Die Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte, A.-G. in Berlin, besteht nunmehr seit zwei Jahren. Zuerst in Form einer G. m. b. H. betrieben, wurde sie im Vorjahre in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Aktienkapital befindet sich in den Händen der Gewerkschaften. Der erste Reichsmarkabschluß der Arbeiterbank für ein halbes Jahr liegt nunmehr vor. Die Bilanz zeigte am 31. Dezember 1924 folgendes Bild (in Reichsmark).

Gewinn- und Verlustrechnung:	
Rohgewinn	229 061,40
Handlungsunkosten	80 505,02
Reingewinn	148 556,38
Der Reingewinn fand folgende Verteilung:	
Gesetzlicher Reservefonds	75 000,—
Spezial-Reservefonds	25 000,—
Dividende (10 Prozent)	37 500,—
Vortrag auf neue Rechnung	2 056,38
Aktiva:	
Bilanzsumme	10 376 881,31
Kasse und fremde Gelder	159 104,97
Wechsel	262 344,93
Rothguthaben bei Banken und Bankfirmen	6 073 713,33
Schuldner	4 441 027,97
Darvon umgedeckt	38 802,—
Eigene Wertpapiere	376 690,25
Passiva:	
Aktienkapital	750 000,—
Gläubiger	9 417 324,93

Die Einrichtungen der Bank wurden über das Sanierungsunkontokonto auf 1 M. abgeschrieben. Aus dem Geschäftsbericht sei noch folgendes erwähnt: Soweit Effektengeschäfte getätigt wurden, handelte es sich in erster Linie um festverzinsliche Papiere mit bester Deckung. Ein Teil der verfügbaren Gelder hatte die Bank in ersklassigen jederzeit realisierbaren Handelswechseln angelegt. Der Rest wurde bei Banken und Bankfirmen begeben. Die Bank konnte, soweit die Rücksicht von der unerlässlichen Liquidität dieses gestattete, im Wege kurzfristiger Kredite an Konsumgenossenschaften, Soziale Baubetriebe und Siedlungsgesellschaften, Kommunalverbände, Soziale Versicherungsvereine und dergleichen, dazu beitragen, daß das von der Arbeiterbank zusammengetragene Geld den sozialen Interessen derselben Bevölkerungsschichten zugute kam. Hierin fand die Verwendung der Gelder ihre vornehmste Aufgabe. Die Verwaltung der Arbeiterbank ist sich bewußt, daß die Betonung der vorerwähnten Aufgaben für sie das Aufheben mancher Verdienstmöglichkeiten bedingt, die anderen Bankgeschäften zur Verfügung stehen. Sie ist aber der Überzeugung, daß für sie weniger die Bewirtschaftung großer Gewinne, als die Förderung sozialer Zwecke Ziel sein muß.

Der Geschäftsgang in den ersten Monaten des neuen Jahres zeigt einen weiteren Fortschritt des Unternehmens. Der frühere Aufsichtsrat wurde wiedergewählt. Vorstehender ist der Genosse Leipart, Stellvertreter Genosse Aufhäuser von der A.M.

Der Abschluß der Arbeiterbank zeigt ein erfreuliches Gesicht. Ein Beweis, daß die Gelder der Gewerkschaften in guten Händen sind. Könnten doch schon im ersten Halbjahr 10 Prozent Dividende verteilt werden. Der erste Versuch in Deutschland, eine große Arbeiterbank ins Leben zu rufen, ist damit glänzend gelungen. Die Arbeiterbanken sind berufen, in den Kämpfen der Zukunft eine große Rolle zu spielen. Werden doch dadurch große Summen den privatrechtlichen Geldinstituten entzogen und der Arbeiterschaft dienstbar gemacht. Die deutsche Arbeiterbank hat ihre Kirsche schon rasch angesetzt; sie hat sich sehr schnell zu einem achtunggebietenden Faktor entwickelt. Darüber freuen wir uns mit ganzem Herzen. Möge sie in ihrer Laufbahn in derselben rüstigen Weise vorwärtsschreiten, zum Wohle der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Gewerkschaften und Handelspolitik.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat durch den künftigen Eager eine Untersuchung über die Frage, „Schutz Zoll oder Freihandel?“ vornehmen lassen. Kollege Eager geht von der Tatsache aus, daß durch den Krieg der Güterverkehr in Deutschland in weitestem Maße verknüpft worden ist. Deutschland hat mit Beendigung des Weltkrieges 13 Proz. seines Gesamtgebietes, 14,2 Proz. seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche und 16,4 Proz. seines Vorkriegslandes verloren; aber seine Bevölkerung verringerte sich damit nur um 10 Proz. Deutschlands Landwirtschaft, die unter 63 Millionen Volk ohnehin nicht zu ernähren vermochte, ist in ihren Erträgen gegenüber der Vorkriegszeit um etwa 1/4 zurückgegangen. Deutschland hat ferner infolge Ausbebens Elap-Vorkriegs, eines Teiles von Erbschaften und durch die Angleichung Luxemburgs an den belgischen Wirtschaftsverband 26 Proz. seiner Eisenlohnproduktion, 34 Proz. seiner Kohlenproduktion, 36,3 Proz. seiner Stahlproduktion, 38,8 Proz. seiner Walzwerkezeugung, 79,5 Prozent seiner Erzeuger und 68 Proz. seiner Arbeiter verloren. Würde Deutschland nun eine Hochzollpolitik betreiben, so müßte diese zu einer weiteren Verknappung der Güter und Preissteigerung, besonders der Preise für Getreide und Brot führen. Vor allem werden die durch Schutzölle künstlich erhöhten Preise ihrerseits wiederum den Preis für Grund und Boden steigern, den Export hemmen, die ganzen Wirtschaftskosten erhöhen und insbesondere die Lebenshaltung enorm verteuern.

Die Untersuchung Eagers ergibt folgende Feststellungen. hinter denen die Gewerkschaften stehen: das Ziel ist, die Schutzollbestrebungen des Unternehmertums in Landwirtschaft und Industrie zu bekämpfen und dem freien Weltmarkt zum Siege zu verhelfen. Deutschland hat weltwirtschaftlich einen ungemein schwierigen Stand. Es kann sein über 63 Millionen Volk von den Erträgen der eigenen Landwirtschaft nicht ernähren. Es ist daher auf sein oder Nichtsein auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln, zur industriellen Vorkriegszeit und deren Ausfuhr, zum Anschluß an den Weltmarkt genötigt. Ausfuhr von Industrie-Erzeugnissen bedingt aber für Deutschland Einfuhr von Rohstoffen. Deutschland bedarf daher zum Wohle seiner Wirtschaftsentwicklung und zur Erhaltung seiner Bevölkerung der Rohstoffquellen der Welt unter möglichst billigen Bedingungen. Schutzölle auf Einfuhrwaren bedeuten aber Vertenerung der Güter; sie fordern das Ausland heraus, seinerseits ebenfalls Schutzollanlagen zu errichten. Eine wohlverstandene Wirtschaftspolitik muß die Schutzollpolitik verschmähen und bekämpfen. Deshalb gibt die Handelspolitik der Gewerkschaften in folgenden Forderungen:

1. Die Güter der Weltwirtschaft durch Beseitigung der protektionistischen Wirtschaftspolitik in allen Ländern den Verbrauchern unversollt zuzuführen.
 2. Erstreckung der Höchstleistung der Wirtschaft auf Grundlage des gesetzlichen Achtstundentages oder der gesetzlichen 48 stündigen Arbeitswoche.
 3. Regelmäßigkeit der Entwicklung zu ergiebiger internationaler Arbeitsteilung.
- Nicht mit den Schutzölle in allen Ländern! Meist die Zollschranke nieder hängen und drücken! Welt die Bahn frei von und an allen Werten der Welt damit sich der Gütertausch zum Wohle der Völker aufs höchste entfalte!

Her mit der Erfassung der Inflationsgewinne!

Der Aufwertungsvorschlag der Regierung ist nun im Reichswirtschaftsrat erörtert worden und hat dort eine heftige Kritik und etliche Verbesserungen erfahren. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben sich bei Abstimmung über eine Resolution, die die Ansicht des Reichswirtschaftsrats wiedergibt, der Zustimmung enthalten. Für ihre Haltung sprach einmal die Tatsache mit, daß der Aufwertungsvorschlag der Regierung den sozialen Gedanken, die Hilfe für die wirklich Geschädigten der Inflation, völlig vermissen läßt. Zum anderen muß betont werden, daß die Art und Weise, wie die Regierung die Mittel für die Aufwertung aufbringen will, ebenso unsozial wie die Vernachlässigung der wirklichen Inflationsopfer und für die Gewerkschaften ein einfach unannehmbar ist. Die Mittel sollen nämlich vorzugsweise durch Steuern aufgebracht werden, die ausgerechnet die Massen belasten, die in erster Linie durch die Marktentwertung gelitten haben. Dagegen will man den Besitz ver schonen, der sich in Deutschlands schwersten Tagen, während des Kriegs und der Inflation, bedeutend vergrößert oder neugebildet hat. Es ist aber nur soziale Gerechtigkeit, wenn dieser Besitz von seinen Gewinnen wenigstens soviel abgibt, um den unglücklichen Opfern der Inflation zu helfen.

Die Sozialdemokratische Partei hat im Aufwertungsausschuß bereits einen Antrag auf Erfassung der Kriegs- und Inflationsgewinne vorgelegt. Allerdings versuchen die bürgerlichen Parteien alles, um den Vorschlag zu schaden. Für uns ergibt sich aber die Notwendigkeit, alles zu versuchen, um das Volk vor ungerechten Neubelastungen zu schützen und jene, für die Krieg und Inflation eine große Bereicherungsaquelle waren, zur Erfüllung einer Pflicht zu zwingen, die selbstverständlich ist. Also hinweg mit den ungerechten Steuer- und Zollprojekten der Reichsregierung! Erfasst endlich die Kriegs- und Inflationsgewinne!

Warenhandel der Betriebsräte.

Die „Konsumgenossenschaftliche Korrespondenz“ schreibt:

Alle Instanzen der Arbeiterbewegung sind sich darüber einig, daß der Warenhandel der Betriebsräte den Interessen der Arbeiterschaft, insbesondere auch der Gewerkschaften, zuwiderläuft, daß er letzten Endes eine Schädigung der Arbeiterbewegung zur Folge hat. Leider kommt es immer noch vor, daß Organe der Arbeiterbewegung dieser Schädigung Vorschub leisten. In einer Arbeiterzeitung war dieser Tage nachstehendes Inserat zu lesen: „Betriebsräte! Lohnen der Nebenberuflichkeit!“ für aufzuwecken, rührten Arbeiter durch Aufnahme der Vertretung einer Firma, die Bekleidungsgegenstände an Belegschaften gegen Katenzahlung abgibt. In Frage kommt nur Betriebsrätevorsitzender eines größeren Betriebes, der zu den Betriebsräten anderer Firmen Beziehungen hat oder leicht herstellen kann. Für einen solchen ist ein monatlicher Mehrverdienst von 100 M. aufwärts leicht zu erzielen. Off. unter M. D. 7711 an Rudolf Mosse, München, erbeten.“ Es müßte doch möglich sein, diesem Skandal ein Ende zu machen! Ein doppelter Skandal, weil das Inserat das wertvolle Abzählungsgeld fördern soll. Diese Sorte Rummwirtschaft dürfte doch nachher genna Schaden angerichtet haben. Die Arbeiter, im besonderen die Betriebsräte, seien eindringlich davor gewarnt, auf die Anreizerei einzugehen.

Bermischtes.

Internationaler Gesundheitskongress. Seit rund vier Jahren wird von den Gesundheitsorganisationen des Völkerbundes praktische Arbeit geleistet. Viele Gesundheitsorganisationen des Völkerbundes werden von Prof. Siemeling in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ besprochen. So ist eine internationale medizinische Vermittlungs- und Auskunftsstelle geschaffen worden, die eine Vereinheitlichung der Statistik erstrebt. Ferner gibt es einen regen Personalaustausch von Gesundheitsbeamten mit wissenschaftlichen Reisen und Expeditionen. Auch ein internationales Studium der Schularfrage ist im Gange. Die Haupt-

aufgabe der Genfer Organisation aber ist die Epidemiebekämpfung, die nicht nur theoretisch gefördert, sondern auch durch praktische Eingreifen, besonders in den östlichen Ländern, praktisch getrieben werden soll. Bei dieser Bedeutung der internationalen Gesundheitsarbeit ist es von Wichtigkeit, daß auch Deutschland der wichtigsten Gesundheitsorganisation des Völkerbundes, dem Gesundheitsrat, angehört.

Von der Keramikindustrie.

Der Verband Deutscher Porzellanfabriken, G. m. b. H., Berlin, hat für seine Produkte den bisher gültigen Inlandszuschlag von 6 Proz. ab 3. April 1925 auf 10 Proz. erhöht. 8 Prozent Dividende. Die Porzellanfabrik Waldbassen, Warenthor & Co., A.-G. in Waldbassen, hat trotz Schwierigkeiten im ersten Halbjahr 1924 noch einen ganz annehmbaren Jahresabschluß ermöglicht. Sie erzielte einen Reingewinn von 106 230 Mark, trug davon 15 082,19 Mk. auf neue Rechnung vor, überwies 64 38,18 Mk. dem Reservefonds und verteilte den Rest auf 8 Proz. Dividende. Die Aktiven und Passiven zeigen ferner, daß das Unternehmen sehr gut in die Stabilisierungszeit hineingekommen ist. Die Verwalterschaft kann diese Feststellung von sich nicht machen.

Aus unserem Beruf.

Wanzenhain. Kollegen und Kolleginnen, die gewillt sind, in Wanzenhain in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

Hornberg. Die Hiesigen Kollegen in Hornberg haben bisher in ungenügender Weise für die Entlastung der Fabrik sich eingesetzt und machen nun die betrübende Wahrnehmung, daß ihr förderndes Verhalten nicht mehr die entsprechende Anerkennung findet. Schon seit Wochen haben sie mit der Direktion Lohnstreitigkeiten, weil sie mit ihrer schweren und anstrengenden Arbeit nicht die Verdienste erzielen, die ihnen ein halbwegs annehmbares Leben gestatten. Darunter leiden Gesundheit und Arbeitsfähigkeit. Auch der gegenwärtige Lohnsatz hat keine Besserung gebracht; durch ihn wurden einestheils die Schwierigkeiten in der Entlohnung noch vergrößert. Deshalb kamen die Anwesenden in der Zahlstellenversammlung vom 4. April überein, ihre Unzufriedenheit in folgender Entschließung zum Ausdruck zu bringen: „Der neue verbindlich erklärte Lohnsatz ist die reinste Verhöhnung der Arbeiterkraft und bezeichnend für das Streben der feinkeramischen Unternehmer, die fast ständig ihre Warenverkaufspreise erhöhen und den Arbeitern den Anteil daran vorenthalten. Die Direktion in Hornberg hat es außerdem noch nach Meinung der Verwalterschaft verstanden, die vor Abschluß des nun verbindlich erklärten Lohnsatzes bestehenden Löhne nicht um 3 Mk., sondern nur um 2 Mk. die Stunde aufzubessern. So werden Arbeiter um ihren gerechten Lohnanspruch gebracht. Die Verwalterschaft ist der Ansicht, daß die Verbandsleitung (aber auch die Kollegschaft, D. Red.) mit allen Mitteln wieder einmal scharf eingreifen muß. Ferner erheben die anwesenden Kollegen und Kolleginnen scharfen Protest gegen den neuen Lohnsatz.“

Die Zahlstelle ersucht die Kollegschaft im Reich, die Firma in Hornberg nicht etwa mit Arbeitsangeboten zu belästigen.

Schlesien. In einigen Zahlstellen Schlesiens hat das Sekretariat Oppeln, Zimmerstr. 93, des Berufsverbandes deutscher Keramikarbeiter, folgenden Handzettel unter Porzellanarbeitern verteilt lassen:

„Religion und „freier“ Porzellanarbeiterverband.

Die „Ameise“ (Nr. 11 vom 15. März), Organ des „freien“ Porzellanarbeiterverbandes, bringt einen Aufruf, der die Verbandsmitglieder auffordert, für die weltliche Schule zu stimmen. Es heißt da:

„Jede Genossin und jeder Genosse muß es als Ehrenpflicht betrachten, mindestens je eine Liste mit Unterschriften zu sammeln und so mit der Anbringung eines Millionenausbeobachters von Stimmen helfen.“

„Wer sich nicht mit an der Fälschung beteiligt, macht sich mitschuldig am Verrat der weltlichen Schule.“

In der gleichen Nummer ist ein Bericht einer Zahlstellenversammlung aus Magdeburg zu finden. Der Geschäftsführer des Freidenkervereins, Genosse Graf, sprach über „Neuerbestellung, eine Kulturforderung“. Er forderte die Anwesenden auf, der Kirche den Rücken zu kehren und in den Freidenkerverein einzutreten.

Kommentar überflüssig! So sieht in der Praxis die „Interessengruppierung“ des sozialdemokratischen Porzellanarbeiterverbandes aus.

Nachst ich um die wirtschaftlichen Belange der Mitglieder zu kümmern, macht man Propaganda für die weltliche Schule. Welcher christlich denkende Porzellanarbeiter, welcher Arbeiterin will sich für ihre eigenen Beiträge noch mit freireligiösem Schmutz be-
werfen lassen? Werkt ihr nicht, wozu man euch im „freien“ Porzellanarbeiterverband mißbraucht? Kehrt diesen Leuten den Rücken und schließt euch einer christlichen Organisation an, „dem Berufsverband deutscher Keramikarbeiter“.

Lesen und weitergeben!

Sekretariat Oppeln, Zimmerstr. 93.

Aus dem Witz und aus der Verteilung von sogenannten christlichen Arbeiter geht hervor, daß das Sekretariat Oppeln, Zimmerstr. 93, sich christlich nennt. Wir wollen mit jenen armen Schicksalen nicht streiten, was christlich ist, und was sich wahren Christen geziemt; aber das eine läßt sich bestimmt sagen, mit dem Christentum und christlicher Lehre oder Religion hat die Tätigkeit und haben die verworrenen Schlüsse des Handzettel-Schreibers nichts gemein. Der Verfasser mag sich von seiner Zentrale auf seine geistigen Belange untersuchen lassen und bei ihr anfragen, ob gerade jetzt die Zeit ist, ungeschriebene W-machungen zu mischen. Wenns beliebt ist, uns kann es recht sein.

Unsere Mitglieder werden gebeten, doch einmal genau anzusehen, ob sie in dem Aufruf für die weltliche Schule (in überaus Eile ihren Kindern sozial Religiösumunterricht erteilen lassen könnten, wie sie für angebracht hielten) oder in dem Zahlstellenversammlungsbericht von Magdeburg (25. 2. 25) einen Schein einer freireligiösen Schmeichelei finden können. Dann möchten sie auch noch nachprüfen, ob durch einen der beiden Fälle die wirtschaftlichen Belange der Mitglieder und des Verbandes gelitten haben. Wenn sie die Nachprüfung vorzuziehen, dann mögen sie über die falschen und niedrigen Angelegenheiten dieses sogenannten christlichen Sekretariats in Oppeln mit klarem Menschenverstand selbst urteilen. Wer kann den Nachweis liefern, daß christlich denkende Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen im freien Porzellanarbeiterverband mißbraucht wurden? Wenn dieses Sekretariat Oppeln des Berufsverbandes deutscher Keramikarbeiter den Nachweis für diese Behauptung nicht erbringt, richtet es sich vor anständigen Menschen selbst.

Literarisches.

Drittes Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes 1925. Das Jahrbuch 1925 des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist erschienen. Es hat einen Umfang von 550 Seiten und kann als vollständiges Handbuch der modernen Gewerkschaftsbewegung gelten. Es wird sowohl als Quelle für statistisches

Material wie auch als Abrechenbuch zweifellos gute Dienste leisten. Das Jahrbuch enthält u. a.: Die Namen, Adressen und Mitgliedszahlen aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund und den Internationalen Berufssekretariaten angeschlossenen Organisationen. Eine Liste der von ihnen herausgegebenen Zeitungen. Eine Uebersicht der Mitgliedszahlen der Landeszentralen. Eine Uebersicht der Mitgliedszahlen der Internationalen Berufssekretariate. Eine Uebersicht über die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes einzelnen Landes im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Eine große Tabelle über den Umfang der Gewerkschaftsbewegung der Welt und deren Richtungen. Eine Aufzählung aller vom Internationalen Gewerkschaftsbund errichteten Kommissionen. Eine Liste aller bestehenden Arbeiterbildungsvereinigungen. Eine Liste mit den Adressen und Mitgliedszahlen der Organisationen der Sozialistischen Arbeiterinternationalen. Eine Liste der der Jugendinternationalen angeschlossenen Organisationen. Eine Uebersicht der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände. In diesem Jahrbuch werden zum erstenmal von der Hand bekannter Führer der betreffenden Landeszentralen und von Internationalen Berufssekretariaten ausführliche Berichte über die Tätigkeit einzelner Landeszentralen und Internationaler Berufssekretariate wiedergegeben, die als Ganzes ein Stück Geschichte der modernen Gewerkschaftsbewegung darstellen. Das vom Internationalen Gewerkschaftsbund herausgegebene Jahrbuch ist für alle an der Gewerkschaftsbewegung Interessierten, Gewerkschaftsführer wie Mitglieder, für Soziologen und Wirtschaftler, sowie für alle Bibliotheken usw., denen dieses Werk eine Fülle von Material bietet, ein unentbehrliches Handbuch. Preis 10 Mk. in deutscher Währung und kann beim Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Jülicherstr. 6, oder direkt durch die Verlagsabteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Tesselschabestraße 31, Amsterdam, bezogen werden. Da nur eine kleine Auflage dieses Buches hergestellt wird, ist sofortige Bestellung sehr zu empfehlen.

Das Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Der erste Band dieses Wertes, Jahrgang 1924, wird in einigen Tagen erscheinen. Das Werk bringt in der gewohnten Weise eine Fülle von Mitteilungen, Nachrichten und Anregungen. Das Jahrbuch 1924 wird, wie seine Vorgängerinnen, ein unentbehrliches Werkzeug für den praktischen und theoretischen Volkswirt sein, dem es darauf ankommt, alle wirtschaftlichen Begebenheiten der gegenwärtigen Zeit in seine Kalkulationen einzufassen. Das Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist für jeden denkenden Menschen da, im besonderen will es aber dem Genossenschaftler der Freund und Berater bei der Arbeit sein. Die Ankündigung vom Erscheinen des Jahrbuches möge eine Erinnerung aus dem Schlußwort des VI. Kapitels begleiten, die gleichzeitig Mahnung und Wort der Hoffnung ist:

Unter Verzicht zeigt so recht, welche Verheerungen die Inflationsperiode anrichtet hat und wie unendlich viel noch zu tun ist, um aus diesem Trümmerrahmen herauszukommen. Daher ist auch für einen Ausblick in die Zukunft jetzt keine Zeit. Es heißt aufräumen und immer wieder aufräumen, um die klare und gesicherte Grundlage der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung wieder herzustellen. Dieses Aufräumen ist aber nicht nur materiell gebadet; auch das genossenschaftliche Denken ist durch die Inflationszeit leider nicht unberührt geblieben. Wieder und immer wieder stehen wir vor der Tatsache einer kapitalistischen Entartung der genossenschaftlichen Denkungsweise. Die Genossenschaftsbewegung muß sich wieder auf sich selbst besinnen und zu der Transparenz ihrer reinen genossenschaftlichen Grundtatsache und Abneigung Vertrauen fassen.

Zahlstelle Waldbassen. Wir ersuchen die Kolleginnen und Kollegen, welche Bücher aus der Zahlstellenbibliothek entliehen und schon längere Zeit, teilweise schon über zwei Jahre zu Hause haben, selbige innerhalb vier Wochen an Unterzeichneten einliefern zu wollen.
Christof Klinger, Schriftführer und Bibliothekar,
Rühlstraße 5.

Geschäfts-Anzeigen.

Offiziere hierdurch für Porzellan- und Steingutfabriken, gegen ein Zahlungsziel von 1 bis 3 Monaten: Flache glatte, schmählich bearbeitete prima Zymocra-Dreherhöhlungen, per 100 Stück 45, 75, 100 u. 125 R.-Mk.; größere u. mittlere volle prima Zymocra-Höhlungen, das Stilo 80 bis 150 R.-Mk.; feinste größere u. mittlere prima Levantinerhöhlungen; prima Levantiner „Elefantenohren“; kleine flache und glatte prima Levantinerhöhlungen, per 100 Stück 20, 30 und 40 R.-Mk.; feinstgroße weiche prima Reesföhlungen (auch für Drucker und Glasur geeignet), das Stilo, 75 Stück enthaltend, 60 R.-Mk. Auf Wunsch auch Anfertigungen, von welchen nicht konvertierende Positionen innerhalb 1 Woche zurückerhalten.
D. Mischelohn, Schwammgroßhandlung, Berlin G. 25, Prenzlauerstr. 42.

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger

Sondspritzer

für Rollfond, bei sehr guter Bezahlung, wird von einer großen Qualitäts-Porzellanfabrik zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Offerten unter Chiffre „146“ a. d. „Ameise“.

Lebiger Porzellan- u. Glasmaler

welcher auch als Brunnen übernimmt, für sofort nach Aufstellung gesucht. Offerten mit Lohnangabe erbeten an
Porzellanmalerei M. Jannack, Magdeburg
Schmiedestraße 5-6. (150a)

„Inoffizieller“ Sondspritzer, der mit Porzellan, Steingut und Glas aus beste vertraut, in Schablonieren, Landschaften, Rollföhlungen, sowie Kobalt in Auf- und Untergrünz vollkommen perfekt ist, wünscht seine Stellung zu verändern event. als Spritzer-Leiter anzukommen. Angebote unter Chiffre „146“ der „Ameise“ erbeten.

Reichernisch begabter, tüchtiger

Schablonenschneider

in Dauerstellung gesucht. Wohnung mit Gartenland event. vorhanden. (149)

Lehrerlehrling Schablonen- u. Steingutmalerei Schablonen- u. Steingutmalerei (Oberplatz).

Nordwestdeutsche Porzellan-

Isolatordreherrinnen

und Glasiererrinnen

für Stanzartikel ein. Gest. Angebote an die Expedition dieses Blattes unter Chiffre „148“.

Aufruf!

Unser Kollege Alex Stier, Dreher, ist infolge schwerer Krankheit seit einem Jahr erwerbsunfähig und nicht mehr in der Lage, irgendeine Arbeit zu verrichten; in allen Klassen ausgeteilt, ist seine Lage die denkbar unangenehmste. Unsere Zahlstelle hat ihr Mögliches schon getan. Wir bitten nun die Zahlstellen im Reich, mit uns die Not unseres Kollegen etwas lindern zu wollen. Werder sind zu senden an den Vorsitzenden und Kassierer Georg Bauer, Waldbassen (Obpf.), Finkenbühlstr. 2. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Aufruf!

Die Kollegen August Glasmann u. Gustav Meusel langjährige Mitglieder des Verbandes, sind schon längere Zeit erwerbsunfähig und in allen Klassen ausgeteilt. Sie befinden sich in großer Not. Die Kollegen im Reich, den beiden Kollegen ein Scherlein aufkommen zu lassen.

Zusendungen wolle man an Karl Burkart, Köpplendorfer (Thür.), Kurgarten, senden. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Die Verwaltung der Zahlstelle Köpplendorfer.

Quittung.

Für den kranken Kollegen Michel Pilszák einen nachträglich noch ein: Vordamm und Osterwerder je 2,-; Thierheim 2,-. Mk. Bereits quittiert 59,- Mk.; somit 67,- Mk. Auch diesen Geben besten Dank.

Johannes Wiese, Kassierer, Elmshorn.

Berichtungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler. Brauchen: Versammlung Dienstag, den 21. April, abends 5 Uhr, bei Wolfslager, Alalberstr. 21.

† Sterbetafel †

Freiwalder. Gustav Thiel, Töpfer, geboren am 16. 9. 1865, gestorben an Asthma und Herzschwäche. Organisiert seit 1899.

Fürstener. Wilhelm Hinz, Lagerarbeiter, geboren am 18. 8. 1888, gestorben an Asthma. Organisiert seit 1918.

Frauenth. Ely Dietrich, Schleiferin, geboren am 11. 8. 1906, gestorben infolge Freitob. Organisiert seit ?

Kahla. Johann Ritter, Maler, geboren am 31. Dezember 1873, gestorben an Darmkrebs. Organisiert seit 1897. Mit Ritter verliert die Zahlstelle Kahla einen ihrer besten Kollegen. Der seine ganze Kraft der gesamten Arbeiterbewegung (Gewerkschaft, Partei und Turnerschaft) zur Verfügung stellte. Seiner wird immer ehrend gedacht werden.

Waldbassen. Josef Höll, Dreher, geboren am 20. 1. 1875, gestorben an Lungenerkrankung. Organisiert seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

Nach Polen

werden 2 bis 3

lebige Maler

für Aufglatur, Rand, Band, Staffage und Stempel,

1 lebiger

Zugmuffelchmelzer

und

1 Freiband-

Unterglasmaler

für Rosen gesucht. Entlohnung mit Zeugnisabschriften sind unter Chiffre „142“ an die „Ameise“ zu richten.

Thüringer Porzellanfabrik sucht zum sofortigen Eintritt tüchtigen

Kapfendreher

für Schub- und Maschinen-scheibe, sowie tüchtigen

Brenner

der für gute Defen garantieren kann. Offerten unter „145a“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Wir suchen für unsere Isolator-Fabrik

zuverlässigen, erfahrenen

Ofenführer

welcher in der Lage ist, selbstständig tabellöse Brände zu liefern. Gest. ausführliche Angebote mit Angabe des Eintrittstermins und Zeugnis-Abschriften an (144a)

Porzellanfabrik Gentschel & Müller Meuselwitz (Thüringen).

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henninger, Charlottenburg 1, Bräsestr. 2-5. — Verlag: W. H. Herben, Charlottenburg 1, Bräsestr. 2-5. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29.

Wir suchen einen tüchtigen

Geschirr-Sortierer

möglichst i. Sortieren von Zinnschüssel bewandert, ferner

einige Geschirrgleier

für Kaffeekannen, Brotkörbe usw.

einen Geschirr-Packer

1-2 selbständige

Scharbrenner u. Seher

lebige Bewerber wollen sich mit Angabe ihrer seitherigen Arbeitsstellen unter „136b“ an die „Ameise“ wenden.

Für Geschirrfabrik wird

ein tüchtiger

Ueberformer

mit Frommelblatt für Salats, Keller usw. gesucht. Nur Bewerber aus besten Geschirrfabriken wollen sich unter Beifügung von Zeugnisabschriften unter „143a“ an die „Ameise“ wenden.

Wir suchen einen lebigen,

tüchtigen

Plattenstecher

für gut bezahlt, dauernde Stellung und zinsigen Angebote mit Zeugnisabschriften. Der Eintritt kann sofort erfolgen. (147a)

Fritz Benninger

Fabrik für Porzellan- und Glaswaren Mannheim.

Wir suchen per sofort

2 jüngere, tüchtige (141)

Sondspritzer

Rheinsberger Steingutfabrik C. & E. Carstens Rheinsberg i. d. Mark.